Süddeutsche Zeitung

Bundeswehr

Wer den Wehrdienst-Fragebogen ignoriert, muss jetzt zahlen

21. Oktober 2026, 15:12 Uhr | Lesezeit: 2 Min.

Die Bundeswehr wächst, aber Tausende junge Männer beantworten den Fragebogen zum neuen Wehrdienst nicht. Das hat nun Folgen. Die Anzahl vorsorglicher Kriegsdienstverweigerer steigt stark an.

Von Georg Ismar, Berlin

Die Bundeswehr verhängt von diesem Monat an Bußgelder in Höhe von bis zu 250 Euro, wenn junge Männer den Fragebogen zum neuen Wehrdienst nicht beantworten. „Dies geschieht in den Fällen, in denen eine Rückmeldung der Männer innerhalb der im Erinnerungsschreiben genannten Frist und der folgenden Nachfrist ausgeblieben ist“, teilte das Bundesverteidigungsministerium am Mittwoch mit. Auch nach Verhängung eines Bußgeldes bestehe die Pflicht wehrpflichtiger Männer zur Beantwortung der Fragen.

Im laufenden Jahr wurden bis Ende September 492 800 Fragebögen verschickt, rund 253 000 an junge Männer und 239 800 an Frauen sowie Personen anderen Geschlechts. Für Männer ist die Beantwortung Pflicht, für Frauen freiwillig. Innerhalb der Frist und der Nachfrist hätten rund 96 Prozent der Männer geantwortet. Also müssten etwa vier Prozent mit der nun startenden Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren rechnen, das wären im laufenden Jahr etwa 10 000 junge Männer.

Mehr als 190 000 Soldaten und Soldatinnen hat die Bundeswehr – und liegt damit im Plan
Der Wehrdienst ist zwar freiwillig, in den Fragebögen müssen aber Angaben zur Fitness und zur Bereitschaft, einen solchen Dienst an der Waffe ableisten zu wollen, gemacht werden. Sie dienen der Rückkehr zu einer systematischen Wehrerfassung. Die Daten und Adressen werden genutzt, um für einen möglichen Spannungs- und Verteidigungsfall gewappnet zu sein, wenn die für Männer ausgesetzte Wehrpflicht wieder vom Bundestag eingesetzt werden könnte. Derzeit gibt es rund 10 800 freiwillig Wehrdienstleistende.

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) will auch mithilfe des neuen Wehrdienstes einen deutlichen personellen Aufwuchs von Bundeswehr und Reserve schaffen. Bis 2035 soll es 260 000 aktive Soldaten und 200 000 Reservisten geben. Jeder Wehrdienstleistende wird Teil der Reserve, zudem verpflichten sich viele auch nach der Grundausbildung für längere Zeit als Soldaten. Union und SPD hatten zur personellen Stärkung wegen der Bedrohungslage und Nato-Verpflichtungen bestimmte Personalziele vereinbart.

Werden die Ziele deutlich unterschritten, ist auch die Rückkehr zu einer Wehrpflicht eine Option. Aufgrund von Werbemaßnahmen und des erhöhten Interesses an der Bundeswehr werden die gesteckten Ziele laut Ministerium aber derzeit übertroffen. Der Oktober ist bei den Einstellungen der bislang stärkste Monat. Mit nunmehr mehr als 190 000 Soldatinnen und Soldaten sei erstmals der gesetzlich vorgegebene „Aufwuchskorridor“ von 186 000 bis 190 000 Soldaten überschritten worden.

1992 haben 219 415 Menschen den Kriegsdienst verweigert

Gerade die Wehrdienstzahlen sollen deutlich steigen, es werden Tausende neue Plätze in Kasernen geschaffen, und unabhängig von der Bereitschaft für einen Wehrdienst wird schrittweise auch eine körperliche Eignungsuntersuchung (Musterung) für junge Männer wieder eingeführt. Dies dient ebenfalls der Vorbereitung für eine mögliche Rückkehr zur Wehrpflicht. Da diese nur für Männer galt, wären auch nur sie dann betroffen. Eine Wehrpflicht auch für Frauen ließe sich nur mit Zweidrittelmehrheit des Bundestags einführen.

Die Zahl der vorsorglichen Kriegsdienstverweigerer steigt derzeit stark an. Eine Sprecherin des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) teilte der *Süddeutschen Zeitung* mit: „Im Zeitraum 1. Januar bis 30. September 2026 sind insgesamt 14 977 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung eingegangen.“ Das sind fast viermal so viele wie im gesamten Vorjahr. Den Höchststand an anerkannten Kriegsdienstverweigerungen gab es 1992 mit 219 415 – diese Zahl sank bis zum Jahr 2021 auf den Tiefststand von 41 Fällen.

Zugleich seien von Januar bis September 2026 auch 611 Erklärungen eingegangen, in denen die frühere Kriegsdienstverweigerung wegen der Lage widerrufen worden sei. Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) will ergänzend in Kürze auch Pläne für einen neuen Gesellschaftsdienst vorlegen. Auf diesen soll es einen Rechtsanspruch geben, und er soll finanziell attraktiver als die jetzigen Freiwilligendienste ausgestaltet werden.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen für 0,99 € zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/li.3566903

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.